

Konkurrierende Schutzräume

Eine Frage klingt zunächst ganz einfach: Brauchen wir in der gegenwärtigen politischen Lage eher Abrüstung oder eher Aufrüstung?

So schlicht gefragt, gerät man schnell in die alten Lager. Die einen sagen: Wir haben doch gesehen, wohin militärisches Denken führt. Noch mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Die anderen sagen: Wir haben doch gesehen, wohin Wehrlosigkeit führt. Wer sich nicht verteidigen kann, lädt Gewalt geradezu ein. Beide Sätze haben etwas für sich. Und beide Sätze werden falsch, sobald sie sich für die ganze Wahrheit halten.

Aufgeschreckt hat mich deshalb eine Antwort von Friedensforschern. Sie wurden sinngemäß gefragt, ob sie derzeit eher zu Abrüstung oder zu Aufrüstung raten würden. Ihre Antwort war, wenn ich sie richtig verstanden habe: weder noch. Oder genauer: Die eigentliche Gefahr liegt tiefer. Gefährlich ist nicht nur, dass wieder mehr gerüstet wird. Gefährlich ist auch nicht nur, dass manche Staaten zu schwach sind, sich zu verteidigen. Gefährlich ist, dass Gewalt als normales Mittel der Politik zurückkehrt. Gefährlich ist, dass einzelne Machthaber, Kriegsfürsten und Autokraten unverblümt als früher persönliche Macht, persönlichen Profit und nationale Kränkung zu politischem Handeln verschmelzen. Gefährlich ist zugleich, dass die Räume zerfallen, in denen diese Gewalt noch gebremst, kontrolliert, verhandelt, öffentlich gemacht und eingehegt werden konnte.

Damit verschiebt sich die Frage. Sie lautet dann nicht mehr nur: mehr Waffen oder weniger Waffen? Sie lautet: Welche Schutzräume braucht Frieden?

Denn es gibt nicht nur einen Schutzraum.

Verteidigung ist ein Schutzraum. Das fällt vielen schwer zu sagen, weil das Wort „Verteidigung“ sofort nach Militär, Waffen, Bündnisfall und Eskalation klingt. Aber ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger nicht schützen kann, überlässt sie der Gewalt. Wer mit Hannah Arendt denkt, kann Gewalt nicht romantisieren. Gewalt zerstört den Raum des Handelns. Sie zwingt Menschen in Angst, Flucht, Schweigen und Gehorsam. Sie macht aus Bürgern Opfer, aus Nachbarn Feinde, aus Landschaften Fronten. Darum kann Verteidigung ein notwendiger Schutzraum sein: nicht als Verherrlichung der Waffe, sondern als Grenze gegen die Entfesselung der Gewalt.

Aber Verteidigung ist nicht der einzige Schutzraum.

Rüstungskontrolle ist ebenfalls ein Schutzraum. Vielleicht sogar ein besonders politischer. Denn hier geschieht etwas, das in Zeiten der Feindschaft fast unglaublich ist: Gegner sprechen miteinander, nicht weil sie einander mögen, sondern weil sie eine gemeinsame Welt haben, die sie nicht zerstören dürfen. Sie vertrauen einander nicht, aber sie bauen Verfahren, in denen Misstrauen berechenbar wird. Sie bleiben Gegner, aber sie akzeptieren, dass auch Gegner Grenzen brauchen. Verträge, Kontrollmechanismen, Inspektionen, Gesprächskanäle, rote Telefone, internationale Organisationen: Das alles klingt trocken, bürokratisch, technokratisch. In Wahrheit sind es mühsam errichtete Schutzräume gegen die Selbstvergiftung politischer Macht.

Gerade hier wird Hannah Arendt wichtig. Für sie entsteht Politik nicht einfach dort, wo ein Wille sich durchsetzt. Politik entsteht dort, wo Menschen miteinander sprechen und handeln, wo sie einander erscheinen, wo sie sich binden, urteilen, widersprechen, versprechen und neu anfangen

können. Macht ist bei Arendt nicht dasselbe wie Gewalt. Macht entsteht zwischen Menschen, wenn sie gemeinsam handeln. Gewalt kann Macht zerstören, aber sie kann sie nicht ersetzen. Wer nur noch Gewalt hat, hat im Grunde schon Macht verloren.

Rüstungskontrolle ist in diesem Sinne ein Raum politischer Macht. Nicht weil dort schöne Reden gehalten werden. Sondern weil dort Gewalt an Sprache zurückgebunden wird. Dort wird die Waffe nicht abgeschafft, aber sie wird aus der reinen Willkür herausgelöst. Dort wird der Gegner nicht zum Freund, aber er bleibt ein Gesprächspartner. Dort wird Frieden nicht endgültig hergestellt, aber Katastrophe unwahrscheinlicher gemacht.

Wenn solche Räume zerfallen, entsteht eine gefährliche Leere. Dann stehen sich nicht mehr politische Akteure gegenüber, die in Verträgen und Institutionen gebunden sind, sondern Machtblöcke, verletzte Eitelkeiten, nationale Mythen, wirtschaftliche Interessen und militärische Drohungen. Dann werden Abrüstung und Aufrüstung gleichermaßen unilateral. Der eine rüstet ab, weil er meint, damit ein Zeichen zu setzen. Der andere rüstet auf, weil er meint, nur so ernst genommen zu werden. Beides kann in bestimmten Situationen nötig oder ehrenwert sein. Aber beides bleibt einsam, solange der Raum fehlt, in dem gegenseitige Bindung möglich wird.

Und dann gibt es noch einen dritten Schutzraum, der in solchen Debatten fast immer zu spät genannt wird: Entwicklung, Gesundheit, Ernährung, Bildung, Infrastruktur. Früher nannte man das Entwicklungshilfe. Heute sollte man vorsichtiger sprechen: Entwicklungszusammenarbeit, Partnerschaft, globale Gesundheitsvorsorge, gemeinsame Stabilität. Aber egal, welches Wort man wählt: Auch dieser Raum sichert Frieden.

Das lässt sich an einem Ebola-Ausbruch im Kongo besonders drastisch zeigen. Auf den ersten Blick hat ein solcher Ausbruch nichts mit klassischer Sicherheitspolitik zu tun. Es geht um ein Virus, um Kliniken, Impfstoffe, Schutzkleidung, Labore, Aufklärung, Vertrauen in medizinische Teams, erreichbare Dörfer und funktionierende Kommunikation. Aber genau hier beginnt Friedenspolitik. Wenn eine Region gesundheitlich aus dem Gleichgewicht gerät, geraten auch soziale Beziehungen aus dem Gleichgewicht. Angst verbreitet sich schneller als Information. Gerüchte werden mächtiger als Behörden. Milizen nutzen Unsicherheit. Grenzen werden porös oder brutal geschlossen. Menschen fliehen. Märkte brechen zusammen. Schulen schließen. Misstrauen richtet sich gegen Helfer, Fremde, Regierungen, internationale Organisationen. Ein Virus zerstört dann nicht nur Körper. Es zerstört Welt.

Wer also Abschreckung als Mittel der Friedenssicherung akzeptiert, muss zugleich sehen: Ein Gesundheitsnetz kann ebenso friedenssichernd sein. Eine Schule kann friedenssichernd sein. Eine Straße, auf der Hilfe ankommt, kann friedenssichernd sein. Eine Verwaltung, der man noch glaubt, kann friedenssichernd sein. Eine internationale Organisation, die früh warnt und nicht erst kommt, wenn Kameras laufen, kann friedenssichernd sein.

Das sind konkurrierende Schutzräume.

Sie konkurrieren um Geld. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wer mehr in Verteidigung gibt, muss erklären, was mit Entwicklung, Bildung, Klima, Gesundheit und sozialem Zusammenhalt geschieht. Wer mehr in globale Gesundheitsvorsorge gibt, muss erklären, wie er auf Aggression, Erpressung und militärische Drohung reagiert. Die Konkurrenz ist real. Man darf sie nicht harmonisieren.

Sie konkurrieren aber auch um Aufmerksamkeit. Eine Panzerbrigade lässt sich leichter zeigen als ein funktionierendes Frühwarnsystem für Seuchen. Ein Verteidigungshaushalt klingt härter als eine Impfkampagne. Eine Grenzsicherung wirkt unmittelbarer als die Stabilisierung eines Gesundheitssystems. Die politische Bühne bevorzugt das Sichtbare, das Lautstarke, das Dramatische. Friedenssicherung aber geschieht oft dort, wo nichts passiert, weil vorher genug getan wurde.

Genau darin liegt ihre Schwierigkeit. Erfolgreiche Prävention ist unspektakulär. Sie erzeugt keine Heldenbilder. Niemand errichtet Denkmäler für die Krise, die nicht ausgebrochen ist. Niemand schreibt große Epen über den Bürgerkrieg, der durch rechtzeitige Vermittlung verhindert wurde. Niemand feiert die Pandemie, die durch lokale Gesundheitsarbeit regional begrenzt blieb. Schutzräume sind oft am wirksamsten, wenn sie unsichtbar bleiben.

Vielleicht verwechseln wir deshalb Härte so leicht mit Stärke. Härte kann man zeigen. Stärke muss sich bewähren. Härte sagt: Bis hierhin und nicht weiter. Stärke sagt zusätzlich: Ich bleibe berechenbar, auch wenn ich mächtig bin. Ich binde mich, auch wenn ich mich durchsetzen könnte. Ich halte Räume offen, auch wenn ich den anderen nicht verstehe. Ich schütze Menschenrechte nicht nur dann, wenn es mir nützt. Ich spreche von Völkerrecht nicht nur gegen meine Gegner, sondern auch gegenüber meinen Freunden.

Hier berührt der außenpolitische Gedanke die Vertrauenswertschöpfung. Innenpolitisch haben wir diesen Begriff schon in anderen Zusammenhängen gebraucht: Institutionen schöpfen Vertrauen nicht dadurch, dass sie Vertrauen einfordern. Sie schöpfen Vertrauen, indem sie verlässlich handeln, Fehler eingestehen, zuhören, schützen, ihre Macht begrenzen und Menschen nicht demütigen. Vertrauen entsteht nicht aus Werbung. Es entsteht aus bewährter Beziehung.

Außenpolitisch ist das nicht anders, nur härter. Denn dort gibt es oft keine gemeinsame Verfassung, keine gemeinsame Öffentlichkeit, keine gemeinsame Verwaltung und nicht einmal ein gemeinsames Verständnis von Wahrheit. Trotzdem entsteht auch dort Vertrauen – oder es zerfällt. Ein Staat wird glaubwürdig, wenn andere ihn als berechenbar erleben. Wenn seine Werte nicht nur Überschriften sind. Wenn seine roten Linien nicht käuflich wirken. Wenn seine Hilfen nicht bloß verkleidete Einflussnahme sind. Wenn seine Empörung nicht selektiv bleibt. Wenn er Menschenrechte nicht nur dann entdeckt, wenn der Gegner sie verletzt.

Glaubwürdigkeit ist darum kein schmückendes Beiwerk der Außenpolitik. Sie ist ein Schutzraum. Wer glaubwürdig ist, kann versammeln. Wer versammeln kann, hat Macht im arendtschen Sinn. Wer nicht mehr glaubwürdig ist, kann noch Druck ausüben, zahlen, drohen oder liefern. Aber er verliert die Fähigkeit, einen gemeinsamen Raum zu stiften.

Vielleicht war das eine der bitteren Lektionen deutscher Außenpolitik in den letzten Jahren: Man kann sich selbst für wertegeleitet halten und trotzdem von anderen als inkonsequent wahrgenommen werden. Man kann auf Menschenrechte verweisen und zugleich dort leise werden, wo es wirtschaftlich, bündnispolitisch oder historisch unbequem wird. Man kann sich als verlässlichen Partner verstehen und dennoch erleben, dass andere Staaten diese Verlässlichkeit nicht mehr selbstverständlich anerkennen. Dann geht nicht nur Ansehen verloren. Dann geht Handlungsfähigkeit verloren.

In diesem Sinn ist Glaubwürdigkeit außenpolitische Vertrauenswertschöpfung. Sie entsteht langsam, sie zerfällt schnell, und sie lässt sich nicht einfach behaupten. Sie muss verdient werden.

Was bedeutet das nun für die Ausgangsfrage: Abrüstung oder Aufrüstung?

Vielleicht ist die Frage zu klein. Oder sie kommt zu früh. Zuerst müsste man fragen: Welche Räume der Friedenssicherung sind gefährdet? Wo zerfallen Gesprächskanäle? Wo werden Verträge gekündigt? Wo wird das Völkerrecht zur bloßen Meinung erklärt? Wo geraten Gesundheitsnetze, Ernährungssysteme, Bildungsräume und lokale Verwaltungen unter Druck? Wo können Menschen nicht mehr öffentlich erscheinen, ohne bedroht zu werden? Wo wird die Welt so eng, dass nur noch Gewalt spricht?

Dann kann Verteidigung nötig sein. Dann kann Aufrüstung nötig sein. Dann kann auch Abrüstung nötig sein. Aber beides darf nicht zur Ersatzreligion werden. Wer nur aufrüstet, kann am Ende einen Schutzraum schaffen und fünf andere zerstören. Wer nur abrüstet, kann moralisch recht behalten und politisch schutzlos werden. Friedenspolitik beginnt nicht mit der reinen Geste, sondern mit Urteilskraft.

Urteilskraft heißt, verschiedene Schutzräume zugleich wahrzunehmen. Sie nicht billig gegeneinander auszuspielen. Nicht zu sagen: Wer für Verteidigung ist, hat Entwicklung vergessen. Nicht zu sagen: Wer für Entwicklungszusammenarbeit ist, verkennt die Gewalt. Nicht zu sagen: Wer Rüstungskontrolle fordert, sei naiv. Nicht zu sagen: Wer rote Linien zieht, sei moralistisch. Die Welt ist komplizierter. Gerade deshalb brauchen wir Begriffe, die nicht sofort in Lager führen.

„Konkurrierende Schutzräume“ könnte ein solcher Begriff sein. Er erlaubt, den Ernst der Verteidigung anzuerkennen, ohne militärisches Denken absolut zu setzen. Er erlaubt, Entwicklung und Gesundheit als Sicherheitspolitik zu begreifen, ohne sie zu instrumentalisieren. Er erlaubt, Rüstungskontrolle als politische Kulturleistung zu sehen, nicht als technisches Nebenthema. Er erlaubt, Menschenrechte als harte Grenze zu behandeln, ohne jede Diplomatie in moralisches Theater zu verwandeln.

Denn auch die sogenannten weichen Mittel sind nicht schwach. Eine Resolution der UN-Vollversammlung kann keinen Panzer stoppen. Aber sie kann sichtbar machen, wer einen Panzer schickt. Sie kann Sprache schaffen, wo Gewalt Sprachlosigkeit erzwingen will. Sie kann Aggressoren beschämen, auch wenn diese Scham nicht sofort wirkt. Das klingt wenig. Aber in der Politik ist Sichtbarkeit nie nichts. Wer öffentlich benannt wird, kann sich nicht vollständig in der Dunkelheit seiner Macht einrichten.

Arendt wusste, wie zerbrechlich Öffentlichkeit ist. Sie wusste auch, dass moralische Gewissheit das politische Denken ersetzen kann. Aber sie hätte daraus keine Neutralität gemacht. Im Gegenteil: Gerade weil Politik nicht bloß Moral ist, braucht sie Urteil. Und Urteil heißt: unterscheiden. Nicht jeder Kompromiss ist klug. Nicht jede Härte ist stark. Nicht jede Gesprächsbereitschaft ist feige. Nicht jede rote Linie ist Kriegstreiberei. Nicht jede Hilfe ist naiv. Nicht jede Beschämung ist wirkungslos.

Vielleicht besteht Friedenspolitik heute darin, diese Unterscheidungen wieder zu lernen.

Wir müssen Räume sichern, in denen gesprochen werden kann. Räume, in denen Gegner sich binden lassen. Räume, in denen Menschenrechte nicht zur Verhandlungsmasse werden. Räume, in denen Gesundheitsvorsorge, Bildung und Entwicklung nicht als milde Gaben erscheinen, sondern als gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Räume, in denen Staaten Vertrauen schöpfen, weil sie nicht nur Interessen verfolgen, sondern eine Welt erhalten helfen.

Dabei wird es keine reine Lösung geben. Schutzräume konkurrieren. Sie werden immer konkurrieren. Aber die gefährlichste Politik ist die, die nur noch einen Schutzraum kennt und alle anderen verächtlich macht. Nur Verteidigung wird kalt. Nur Entwicklung wird schutzlos. Nur Moral wird blind. Nur Interesse wird zynisch. Nur Diplomatie wird hohl, wenn sie keine roten Linien mehr kennt. Nur rote Linien werden gefährlich, wenn sie keinen Raum des Gesprächs mehr offenhalten.

Frieden ist kein Zustand, den man einmal erreicht und dann verwaltet. Frieden ist eine fortwährende Arbeit an Räumen. An sichtbaren und unsichtbaren. An harten und weichen. An lokalen und globalen. An militärischen, gesundheitlichen, rechtlichen, diplomatischen und moralischen. Manche dieser Räume stehen in Spannung zueinander. Aber gerade diese Spannung ist politisch. Sie zwingt uns, zu urteilen, statt Parolen zu wiederholen.

Vielleicht liegt darin der arendtsche Kern: Eine gemeinsame Welt bleibt nur erhalten, wenn wir ihre Räume nicht veröden lassen. Wenn Gewalt wieder normal wird, wenn Verträge zerfallen, wenn internationale Institutionen lächerlich gemacht werden, wenn Hilfe als Schwäche gilt, wenn Glaubwürdigkeit verspielt wird, dann verlieren wir nicht nur einzelne Instrumente der Politik. Dann verlieren wir Welt.

Und Weltverlust ist gefährlicher als jede einzelne falsche Entscheidung.

Darum reicht die Frage „Abrüstung oder Aufrüstung?“ nicht aus. Die bessere Frage lautet: Welche Schutzräume brauchen wir, damit Menschen überhaupt politisch bleiben können?

Die Antwort wird nie einfach sein. Aber sie beginnt damit, dass wir Verteidigung, Rüstungskontrolle, Entwicklungszusammenarbeit, Gesundheitsvorsorge, Öffentlichkeit und Glaubwürdigkeit nicht länger als getrennte Ressorts betrachten. Sie sind verschiedene Formen derselben Aufgabe: die gemeinsame Welt vor der Herrschaft der Gewalt zu schützen.

Das ist keine weiche Idee. Es ist vielleicht die härteste, die wir haben.